

## **„Machtprojektion im globalen Umfeld“ - Deutsche und europäische Außen- und Militärpolitik und ihre Promoter aus dem Hause Bertelsmann**

Wer in wenigen Bildern einen Eindruck vom Zustand unseres politischen Gemeinwesens erhalten will, der schaue sich die Startseite des Brussels Forums<sup>1</sup> an, eines jährlichen transatlantischen Austauschs, organisiert u. a. von der Bertelsmann-Stiftung und dem German-Marshall-Fund. In edlem Ambiente treffen sich „the most influential American and European political, corporate, and intellectual leaders“, um die drängenden Probleme der Zeit anzugehen. Gezeigt werden der niederländische Ministerpräsident Balkenende schäkernd mit Daimler-Chef Zetsche, Kristalllüstern und Ballsaal-Atmosphäre, der EU-Kommissionspräsident Barroso vor einem Kirchenfenster ähnlichen Hintergrund, Weitwinkelaufnahmen des Speisesaals, die ihn wie eine Kathedrale wirken lassen: Auf diese subtile Weise wird dem Zuschauer – und als nichts anderes sind die BürgerInnen gedacht – suggeriert: Was hier von „high-level officials“ verhandelt wird, hat quasi-religiöse Weihen. Demokratie wird verbogen zur neofeudalistischen Veranstaltung der sich selbst ermächtigenden Eliten, von der das Volk „der große Lämmel“ (Heine) ausgeschlossen wird. An dieser Entwicklung hat der Bertelsmann-Konzern über ihm verbundene Einzelpersonen an Schaltstellen des politisch-administrativen Systems, über seine Stiftung sowie das ihr personell und finanziell verbundene Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) maßgeblichen Anteil.

Im folgenden möchte ich zeigen, wie sich die Visionen und Strategien aus dem >System Bertelsmann< im Hinblick auf das globale Selbstverständnis der EU und daraus resultierende Weichenstellungen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im jüngsten Reformvertrag von Lissabon niedergeschlagen haben und welche Gefahren für eine demokratische und friedliche Entwicklung der Europäischen Union daraus erwachsen.

Die Bertelsmann-Stiftung betreibt Politikberatung in Sachen Europa seit dem Ende der 80er Jahre. Erst seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten öffnete sich für die EU der Raum nach Osten, und die EU-Politik hat diese Gelegenheit zur Expansion in vielfältiger Weise wahrgenommen: von der EU-Osterweiterung über die Europäische Nachbarschaftspolitik ENP bis hin zur Zentralasienstrategie unter deutscher Ratspräsidentschaft 2007. Initiiert, vorangetrieben oder argumentativ und (pseudo)wissenschaftlich unterfüttert wurden Schritte in Richtung einer europäischen Großmacht mit den entsprechend zentralisierten Entscheidungsstrukturen und der dazu gehörenden militärischen Infrastruktur durch die Bertelsmann-Stiftung und ihre wissenschaftliche Tarnorganisation CAP. Zentrale Figuren sind zum einen Prof. Werner Weidenfeld, bis vor kurzem zugleich im Präsidium der Stiftung wie auch Direktor des CAP sowie persönlicher Berater von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Ex-EU-Kommissionspräsident Romano Prodi. Zum anderen Elmar Brok, seit 1980 MdEP für die CDU und wechselweise Beauftragter des Vorstands der Bertelsmann-AG für Europafragen oder Senior Vice President Media Development. Im europäischen Parlament hatte Brok über lange Jahre den Vorsitz des wichtigen Außenpolitischen Ausschusses inne. Er war sowohl im EU-Verfassungskonvent vertreten als auch einer von nur 3 zugelassenen EU-Parlamentariern bei der Regierungskonferenz zum Reformvertrag. Um die Reichweite der Bertelsmänner einmal in ihrer rein quantitativen Dimension zu erfassen: Das CAP hat 90 Mitarbeiter, die Bertelsmann-Stiftung 300. Mit dieser Kapazität können 60 – 100 Projekte gleichzeitig bearbeitet werden. Zum Vergleich: Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages verfügt gerade einmal über 5 wissenschaftliche Mitarbeiter für alle Politikfelder.

In dichter Folge erscheinen seit 2000 Strategiepapiere, Expertisen und Szenarien mit der unermüdlichen Wiederholung des selben Mantras:

---

1 <http://www.gmfus.org/brusselsforum/template/index.cfm?CFID=34203533&CFTOKEN=18571195>

- Die EU verfüge schon über Weltmachtpotential im Vergleich zu den USA, sie brauche lediglich noch „ein rationales Kalkül ihrer weltpolitischen Interessen“<sup>2</sup>.
- Die EU müsse ihre Handlungsfähigkeit stärken, die Entscheidungsfähigkeit beschleunigen und eine klare personelle Führung erhalten. Sie brauche eine „neue Machtarchitektur“.
- Gegen die wachsenden Bedrohungen durch Terrorismus, Konflikte aufgrund von Globalisierungsfolgen und den Aufstieg Chinas seien Mittel zur „Machtprojektion im globalen Umfeld“ erforderlich<sup>3</sup>.
- Für den Fall, dass die EU ihr objektives Potential für eine Supermacht nicht nutze, werden wenig attraktive Szenarien wie das Modell „Titanic“ in Aussicht gestellt.<sup>4</sup>

In der European Defence Strategy (EDS)<sup>5</sup> von 2004 wird militärischer Klartext geredet, aber die Stiftung sichert sich vor dem Säbelrasseln ab. Ihr Bezugspunkt bildet die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS, 2003 vom Europäischen Rat verabschiedet). Ihr fehle der strategische Ansatz, um die formulierten Ziele erreichen zu können. Diesen beansprucht die Venusberggruppe der Stiftung mit der EDS zu liefern. Der Venusberg bei Bonn ist ein symbolträchtiger Ort. Er liegt dem Petersberg gegenüber, auf dem die EU ihren Katalog der geopolitischen Interventionen, die sog. „Petersberg-Aufgaben“<sup>6</sup> verabschiedet hat. Vor Ende des Zweiten Weltkrieges gab es auf dem Venusberg ausgedehnte Kasernen und Munitionslager. An diese Tradition knüpfen die Schreibtischtäter der Bertelsmann-Stiftung an: Die EU müsse zum weltweit einsatzfähigen Sicherheitsakteur werden, der bis 2015 alle – auch die schwierigsten Militärmissionen eigenständig, d. h. ohne auf Natostrukturen zurückgreifen zu müssen, ausführen könne, über die volle „militärische Eskalationsdominanz“ verfügen und sogar weltweit „präventiv“ intervenieren, um „Angriffe auf Europa oder europäische Interessen durch Terroristen“ zu verhindern. Einleitend wird zwar vermerkt, dass das Militär zur Konfliktlösung allein nicht ausreiche, Vorschläge für eine gewaltfreie, dialogische Friedenskultur vermisst man jedoch ebenso wie eine strikte Bindung an das Gewaltverbot der UNO-Charta. Im Gegenteil:

- „What Europe needs therefore is a force that can get anywhere, fight anywhere, eat anywhere, stay anywhere, be augmented and get back all organised by an autonomous command and control system under the sovereign political control of the EU“.<sup>7</sup>

Dazu brauche es umfassende Aufrüstungsmaßnahmen: z. B. eine gut ausgebildete, jederzeit international einsatzbereite europäische Armee von mindestens 170000 Mann, eigene Abhör-, Aufklärungs- und Transportkapazitäten oder die Fähigkeit zur offensiven elektronischen Kriegführung. Dafür werden Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsproduktes (!) der EU Mitgliedsländer veranschlagt.

Es folgt eine ganze Liste von erforderlichen neuen Institutionen: eine Sicherheitsagentur incl. Sicherheitsminister, eine Heimatschutzagentur, ein Anti-Terror-Geheimdienst, ein gemeinschaftlicher weiterer Geheimdienst, ein gemeinsames Hauptquartier.<sup>8</sup> Um diese Ziele umzusetzen, sieht das Venusberg-Papier einen politisch-militärisch-industriellen Komplex vor: Solange es keine europäischen außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungsstrukturen gebe, solle die militärisch-operative Führung durch ein „Trirectoire“ aus Deutschland, Frankreich

2 Werner Weidenfeld: Die verhinderte Weltmacht. In: Die Welt, 2003

3 Europas Antworten. Strategiepapier von Bertelsmann-Stiftung und CAP zum IBF 2006

4 Europas Zukunft. 5 Szenarien. 2003

5 Bertelsmann Foundation: A European Defence Strategy. Written by Julian Lindley-French and Franco Algeri. Gütersloh 2004. (Im folgenden abgek. als EDS). Nicht zu verwechseln mit dem European Defence Paper (EDP), das im Auftrag des europäischen Rates vom ISS erstellt wurde.

6 mit zivilen (= meist polizeilichen) und militärischen Mitteln sollen folgende Missionen ausgeführt werden: gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, Militärberatung, humanitäre Interventionen, Frieden erhaltende und Frieden schaffende Einsätze bis hin zu Kampfeinsätzen auf dem Hoheitsgebiet von Drittstaaten zur Terrorbekämpfung

7 EDS, Kap. 2, S 26. Das EDS liegt auf Englisch vor, die deutschen Zitate sind meine Übersetzung

8 EDS, S.

und Großbritannien übernommen werden. Die Rüstungsaufträge sollten ebenfalls an ein rüstungsindustrielles „Trirectoire“ gehen: EADS, Thales und BAe Systems sind als „prime contractors“ vorgesehen. Dies sind die Konzerne, die 2004, einen Tag vor der Verabschiedung des EU-Verfassungsvertrages, in dem die Rüstungsagentur neben einer Aufrüstungsverpflichtung verfassungsrechtlich verankert werden sollte, ganzseitige Anzeigen geschaltet haben (unter anderem hat sich die FR dazu erniedrigt): „Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen“.<sup>9</sup>

Man fragt sich, was hat der Bertelsmann-Konzern von einer hochgerüsteten, zu den USA in Konkurrenz tretenden Supermacht EU? Neben einer nützlichen militärisch flankierten Eroberung neuer Märkte kann vor allem die Bertelsmann-Tochter Arvato Geschäfte erwarten. Als Spezialist u. a. für Logistik und IT-Anwendungen aller Art kommt Arvato sowohl für zivile wie militärische Government-Services in Frage.<sup>10</sup> Angesichts des von der EDS geforderten Outsourcings und PublicPrivatePartnership-Projekten für Aufgaben, die nicht zum militärischen Kernbereich gehören, sowie der behaupteten Defizite im Bereich „command, control, communications, computers capabilities, intelligence, surveillance and reconnaissance“ öffnet sich für Arvato ein weites Auftragsfeld: In Zeiten, in denen Kriegvorbereitung und -führung zum großen Teil auf elektronischer Datenübermittlung beruht, ist ein Vertragspartner zur Stelle, dessen Motto lautet: „Die richtige Information – zur richtigen Zeit – im richtigen Format – für die richtige Person“. Arvato-Vorstandschef Ostrowski indes legt Wert auf Diskretion in dieser Angelegenheit: „Wir arbeiten immer im Stillen und im Hintergrund“.<sup>11</sup>

Wie haben sich die Visionen der Bertelsmann-Stiftung in der deutschen und der EU-Politik niedergeschlagen? Unter den deutschen Regierungschefs von Kohl über Schröder bis Merkel trifft solche Beratung auf offene Ohren. Ihnen kommt die Unterstützung gegen den widerstrebenden deutschen Souverän, der mit globalen Militärabenteuern und Großmachtgehebe nichts zu tun haben will, gerade recht. Beim „Kanzlerdialog zur Kursbestimmung deutscher Europapolitik“ 2003 wurden Schröder, Fischer, Merkel und Stoiber in einem Strategiepapier der Bertelsmann-Stiftung dargelegt, dass eine „handlungsfähigere EU im deutschen Interesse“ sei.<sup>12</sup> Der Begriff „Handlungsfähigkeit“ zielt auf die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Verbunden mit der vom Verfassungsvertrag in den Lissaboner Reformvertrag übernommenen massiven Stimmenverschiebung zugunsten des „Trirectoires“, aber insbesondere Deutschlands,<sup>13</sup> heißt das in der Konsequenz: Ohne die großen Drei geht nichts.

Die Zielvorstellungen der Bertelsmänner kommen auch all jenen entgegen, die die Vergangenheit hinter sich lassen und Deutschland wieder seine >angemessene< Rolle in der Welt verschaffen wollen. So finden sich in einem Manifest des Willy-Brandt-Kreises zum SPD-Grundsatzprogramm, das von Egon Bahr und dem „CAP-Fellow“(!) Walther Stützle verfasst wurde, folgende beunruhigende Passagen<sup>14</sup>:

- „Die Handlungsfähigkeit der EU hat im Rahmen der internationalen Beziehungen Vorrang. Nur mit und durch Europa kann Deutschland seine Vorstellungen und Interessen in einer multipolaren Welt wirksam zur Geltung bringen.“
- „Für das Wohl unserer Nation arbeiten wir, stolz, aber nicht überheblich. Die Vergangenheit darf die Zukunft nicht behindern, nicht für unser Land und nicht für Europa.“

9 Anzeige von BAe Systems, EADS und Thales, in FR 15.6.2004

10 Vgl. Arvato Logistics Services (Logistik und Supply Chain Management); Arvato Systems (internationale IT-Services) Empolis (Content- und Knowledge-Management-Lösungen)

11 <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/unternehmen/330882.html>

12 Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Kanzlerdialog zur Kursbestimmung deutscher Europapolitik 2003, Pressemeldung 27.10.2003

13 Deutschland + 100%, Frankreich + 50 %, GB + 40 %. Vgl. Spiegel-Grafik [spiegel online](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,grossbild-896644-489182,00.html) 18.6.2007

14 Egon Bahr, Walther Stützle und Hans J. Gießmann: Europäische Friedenspolitik im 21. Jahrhundert. FAZ 09.08.2007

Vergleicht man den von CAP und Bertelsmann-Stiftung 2005 unmittelbar nach dem Nein bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden vorgelegten „Vertrag zur Reform des Nizza-Vertrags“, so sind alle von den Bertelsmännern als Essentials definierten Änderungen – die nicht nur in Richtung Militarisierung, sondern auf den Aufbau eines parlamentarisierten europäischen Bundesstaats in Brüssel zielen - in den Reformvertrag von Lissabon übernommen worden. Nicht alle Dimensionen der Bertelsmann-Großmachtphantasien haben Eingang gefunden, aber entscheidende Weichen sind gestellt.

Die Rüstungsagentur, nach Protesten aus den sozialen Bewegungen in Verteidigungsagentur<sup>15</sup> umbenannt, ist im jüngsten Reformvertrag ebenso enthalten wie die Aufrüstungsverpflichtung, die Ermächtigung zu weltweiten Missionen „im Dienste der Interessen der Union“ oder der Aufbau von „Battle Groups“. Für den Fall, dass der schnelle Zugriff auf EU-Haushaltsmittel nicht möglich ist, wurde die Keimzelle eines EU-Militärhaushaltes – Anschubfonds genannt - eingeführt. Der Leiter der EDA, Weis, ehemaliger Abteilungsleiter für Rüstung im deutschen Verteidigungsministerium, erklärte kürzlich: 2008 solle Europas „Jahr der Rüstung“ werden.<sup>16</sup> Bundeskanzlerin Merkel forderte ebenso wie das erwähnte Manifest des Willy-Brandt-Kreises den Aufbau einer europäischen Armee. Ein (vor wem?) geheim gehaltenes zivil-militärisches Hauptquartier (EU Military Staff, EUMS) wurde in einem unauffälligen Brüsseler Bürokomplex eingerichtet.<sup>17</sup>

Der sprachlich als Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik verkleidete EU-Außenminister soll die EU-Außenpolitik kohärenter gestalten – z. B. gegen Widerspenstlinge wie Polen und Tschechien, die die Nähe zu den USA zum Schutz vor zu weit reichender innereuropäischer Unterwerfung suchen. Bezogen auf die vertraglich festgelegte uneingeschränkte militärische Beistandspflicht der EU-Mitgliedsländer bemerkte der Linzer Völkerrechtler Manfred Rotter, die EU sei zum „Verteidigungsbündnis“ geworden.<sup>18</sup>

Das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchzusetzen ist dem Bertelsmann-Vertreter in EU-Konvent und Regierungskonferenz, Elmar Brok, nicht gelungen. Aber als Ausweg bietet sich die sog. „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) an: Sie ist eine Art Koalition der Willigen, die im Hinblick auf ihre militärischen und rüstungspolitischen Verpflichtungen „anspruchsvollere Kriterien erfüllen wollen“.

Ob die erwähnten institutionellen Änderungen ernsthaft den militärisch abgesicherten Weltmachtstatus der USA bedrohen können, mag vorerst offen bleiben. Eines aber ist gewiss: im Hinblick auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Komponente sind die Bürgerinnen und Bürger der EU die Verlierer:

Die außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen bleiben nämlich der parlamentarischen Mitentscheidung wie juristischen Kontrolle entzogen: Das EU-Parlament wird bestenfalls angehört, der Europäische Gerichtshof (EuGH) wird für nicht zuständig erklärt. Da die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die alleinige Zuständigkeit der EU fällt, stellt sich die politische wie rechtliche Frage nach den nationalen Kontrollmöglichkeiten. Darüber hinaus ebnet ein Passus in der Solidaritätsklausel (Art. 188 r) die Tür zum Einsatz von Militär im EU-Inneren. Damit verstoßen die verteidigungspolitischen Weichenstellungen der EU eindeutig gegen Geist und Buchstaben des Friedensgebotes des Grundgesetzes. Bislang umgehen – mit wenigen Ausnahmen - deutsche Verfassungsrechtler dazu eine klare Aussage bzw. sind geneigt, die Verfassungstheorie der EU-Praxis anzupassen<sup>19</sup>.

---

15 European Defence Agency (EDA)

16 2008 soll Europas „Jahr der Rüstung“ werden. In: FAZ 24.10.2007

17 Einblicke in die fortgeschrittene Planung des eigenen Militärstabs. In: NZZ, 5.10.2007

18 Manfred Rotter: Strategie des Überschmähns, in: Der Standard, 24.10.2007

19 So berichtete der Verfassungsrechtler Rainer Rupp aus Mainz im Gespräch, angesichts der Entwicklungen auf EU-Ebene, gegen die man sich aufgrund der deutschen Geschichte ja nicht kritisch stellen dürfe, vertreten seine

Wer angesichts dieser Entwicklungen noch von einer Friedensmacht Europa spricht, ist entweder desinformiert oder blauäugig.

Die Bertelsmann- Stiftung und das Centrum für angewandte Politikforschung haben also in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich agiert. Um so notwendiger ist es, über die vom Bertelsmann-Konzern steuersparend und geschäftsfördernd betriebene Stiftung und ihre weitreichenden Tätigkeiten aufzuklären, die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit zu fordern, PublicPrivatePartnership-Verträge mit militärpolitischen Bezügen publik zu machen, die personellen Verquickungen zwischen Bertelsmann, Regierungen und Parlamenten weiter aufzudecken, eine breite öffentliche Debatte über den neuen EU-Vertrag zu führen und Volksentscheide in den Mitgliedsländern zu verlangen.

Elke Schenk, im November 2007